



Antrag

der Fraktion der CDU

Initiative zum Opferschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag in der 38. Tagung einen schriftlichen Bericht darüber vorzulegen, welche Maßnahmen die Landesregierung zur Verbesserung des Opferschutzes beabsichtigt.

- Hierbei soll insbesondere dargelegt werden, ob Änderungen des Opferentschädigungsgesetzes bzw. der Strafprozessordnung für erforderlich gehalten werden und Bundesratsinitiativen vorgesehen sind.
- Weiterhin soll erläutert werden, welche Maßnahmen zur Verbesserung des geltenden Opferentschädigungsgesetzes durch die zuständigen Landesbehörden beabsichtigt sind.
- Der Bericht soll darüber hinaus eine Übersicht über die Opferentwicklung (u. a. Zahlen, differenziert nach Delikten, soziale Situation) in den letzten 10 Jahren enthalten.

Martin Kayenburg

und Fraktion

Peter Lehnert